



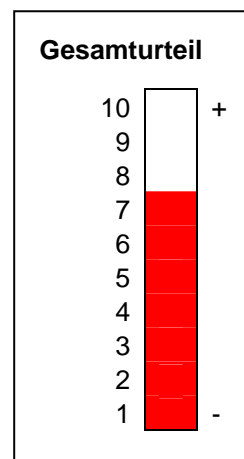
Helmut Kury, Joachim Obergfell-Fuchs (Hrsg.)
Gewalt in der Familie. Für und Wider den Platzverweis

Lambertus-Verlag Freiburg 2005

360 Seiten € 26,00 / SFr 45,60 ISBN 3-7841-1565-9

Die Forschungsergebnisse zum Thema "Gewalt in der Familie" leiteten ein Umdenken hinsichtlich des Täter-Opfer-Bildes ein: Frauen werden nicht mehr nur in der Opferrolle gesehen, Männer nicht nur in derjenigen des Täters. So spiegelt auch der zunehmend häufiger verwendete Begriff "familiäre beziehungsweise häusliche Gewalt" die Wechselseitigkeit gewalttätiger Beziehungen wider. Gewalt in der Familie verursacht nicht nur viel Leid für die Betroffenen, sondern auch der Gesellschaft erhebliche Kosten. Bisher praktizierte "Lösungen" wurden weiterentwickelt, neue Vorgehensweisen werden erprobt. Zu Letzteren gehört der "Platzverweis", mit dem in den USA, aber auch in europäischen Ländern und inzwischen auch in Deutschland, gute Erfahrungen gemacht werden. Der Band enthält internationale Beiträge zur Gewalt in der Familie und vor allem zum Platzverweis. Erfahrungen aus verschiedenen Ländern werden berichtet, Vor- und Nachteile sowie Probleme dieser Form des polizeilichen Einschreitens bei familiären Gewalttaten werden kritisch diskutiert (aus der Verlagsankündigung).

Das Thema „Gewalt in der Familie“ beschäftigt die wissenschaftliche Diskussion und auch die Öffentlichkeit und die Politik in Deutschland seit geraumer Zeit. Die Suchmaschine Google weist derzeit ungefähr 2.9 Mio. Nachweise für „gewalt in der familie“ aus, und die Kriminologische Dokumentation „KrimDok“ <http://www.ifk.jura.uni-tuebingen.de/krimdok/> weit über 300 Datensätze zu dem Thema. GESIS http://www.gesis.org/Information/SowiNet/sowiOnline/h_gew/ bietet ebenso wie andere Datenbanken reichlich Material, und Ende 2004, Anfang 2005 wurde die ausführliche Studie von Müller und Schröttle (Uni Bielefeld) zu „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ veröffentlicht.



Bei der Studie "Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland" handelt sich um die erste repräsentative Befragung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Die Studie wertet Interviews von mehr als 10.000 Frauen im Alter zwischen 16 und 85 Jahren aus, die über ihre Gewalterfahrungen in verschiedenen Lebensphasen berichten. Die Studie schließt bestehende Wissenslücken über das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen in nahezu der gesamten Bevölkerung. Kurz darauf folgte die Pilotstudie "Gewalt gegen Männer" als erste Studie zur gesamten Bandbreite der personalen Gewalt gegen Männer: <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte.did=20558.html>.

Und auch der jüngst erschienene „Genderreport“ (Gender-Datenreport. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, Stand: November 2005) des BMFSFJ beschäftigt sich ausführlich mit Gewalthandlungen und Gewaltbetroffenheit von Frauen und Männern: <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/10-gewalthandlungen-und-gewaltbetroffenheit-von-frauen-und-maennern.html>

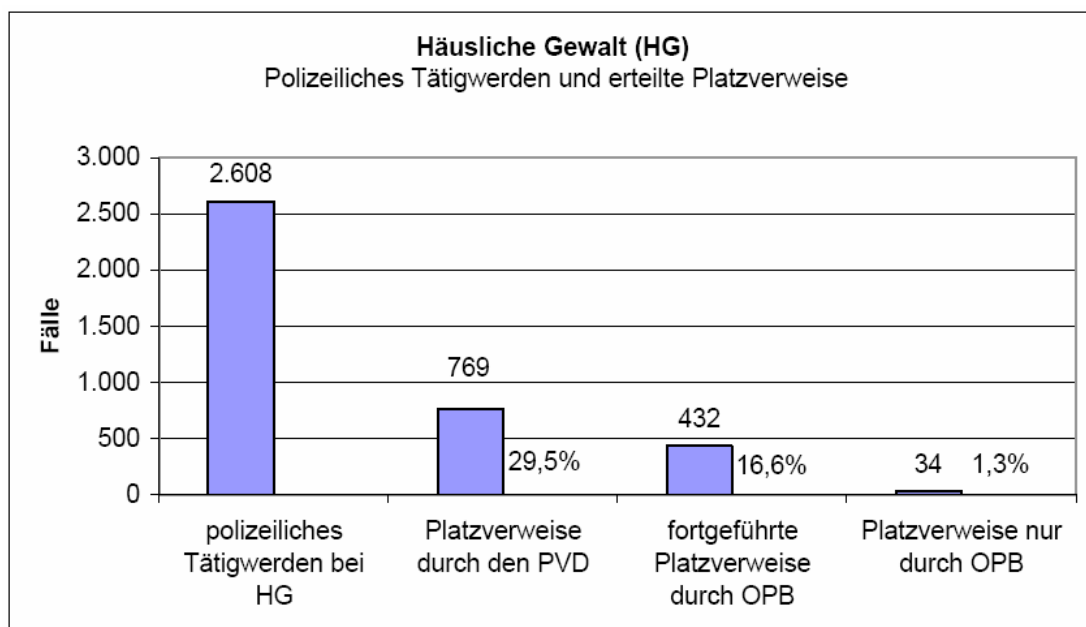
Inzwischen gibt es ein eigenes Referat "Schutz von Frauen vor Gewalt" im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit entsprechenden Veröffent-

lichungen (u.a. im „Online-Familienhandbuch unter <http://www.familienhandbuch.de>, ein eigenes Internet-Forum zu dem Thema <http://www.hilfe-forum.info/gewalt-in-der-familie/> und sogar eine interaktive Ausstellung gab es bereits zu dem Thema: "Rosenstraße 76" informiert über das Thema häusliche Gewalt und weist auf Chancen und Wege hin, mit denen sich häusliche Gewalt überwinden lässt. In einer normalen Dreizimmer-Wohnung wird die Ausstellung "Rosenstraße 76" präsentiert. Die "Rosenstraße 76" steht dabei exemplarisch für Räume, in denen die Gewalt häufig zu Hause ist: die eigene Wohnung. Die Besucherinnen und Besucher können durch die Räume streifen und hinter die schöne Fassade schauen: sie können den Anrufbeantworter abrufen, die Küchenschränke öffnen oder eine CD anhören - dabei erfahren sie Zahlen, Fakten und Schicksale zum Thema häusliche Gewalt.

Warum also noch ein Buch?

Die Herausgeber, Mitarbeiter am Freiburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, haben vor allem Beiträge zusammengestellt, die sich mit dem Für und Wider des Platzverweises als Reaktion auf Gewalt in der Familie beschäftigen, und dies mit einem gewissen Fokus auf regionale (vor allem baden-württembergische) Projekte. Dies ist insofern besonders verdienstvoll, als dieses Instrument bereits vor seiner Einführung in Deutschland hoch gelobt und vielerorts quasi als „Allheilmittel“ gehandelt wurde. Verschiedene Beiträge in diesem Band relativieren sowohl den Umfang der Anwendung dieses Instrumentes, als auch seine Reichweite. Dass dabei auch Erfahrungen aus Österreich zu Worte kommen (Logar, S. 89 ff.), ist wichtig, da dort dieses Verfahren lange vor der Übernahme in Deutschland praktiziert wurde.

Dass dabei der Umfang der Anwendung dieses Instrumentes sehr unterschiedlich ist, wird in einigen Beiträgen in dem Band aufgezeigt. Eine Studie aus dem Sozialministerium Baden-Württemberg, aus der die folgende Grafik



Quelle: http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/sixcms/media.php/1011/platzverweis_www.pdf

entnommen ist, hatte dies bereits 2001 deutlich gemacht, wobei der hier gezeigte Anteil (insg. fast 30% aller Einsätze enden mit einem Platzverweis) am oberen Ende

des Skala liegt. Es gibt andere Studien, die deutlich weniger Anteile (bis zu 6%) nachweisen.

Erfreulich ist auch, dass die Frage, wer Täter und wer Opfer ist, ebenso aufgeworfen wird (Lamnek/Luedtke, S. 37 ff.) wie die Diskussion in den USA (Kelly, S. 71 ff.). Hier beschränkt sich der Beitrag jedoch auf die sog. Feministische Perspektive, und die umfangreich vorhandene empirische Literatur zu den Interventionsmöglichkeiten bei Gewalt in der Familie wird leider nur am Rande gestreift. Dabei verbirgt sich hier eine überaus spannende kriminologische Einsicht, wie ein Problem und seine Lösungen über die Jahre hinweg kriminologisch unterschiedlich bewertet werden kann: Noch 1967 ging man hier (wie auch lange danach noch in Deutschland) davon aus, dass Gewalt in der Familie ist kein Polizei-Problem sei. 1972 hat dann eine Studie von Bard u.a. gefordert, dass Polizeibeamte psychologisch geschult sein sollten für solche Interventionen. Das Ergebnis war, dass Millionen von US-Dollar für entsprechende Fortbildung ausgegeben wurden. 1989 haben dann Sherman und Cohen im Minneapolis Domestic Violence Experiment gezeigt, dass die Rückfallrate um 50% höher ist, wenn keine Verhaftung erfolgt. Da diese Studie auf hohem qualitativem Niveau (experimentelles Design) stand, hatte sie wesentliche Auswirkungen auf die bis dahin geltende „Nothing works“ (Martinson u.a. 1974) Auffassung. Ergebnis waren dann die sog. „mandatory arrest laws“, die Mitte der 90er Jahre in fast allen Staaten der USA erlassen wurden und die Polizei verpflichteten, bei sichtbaren bzw. nachweisbaren Verletzungen von Frauen nach Gewalthandlungen die Verursacher sofort zu verhaften (teilweise innerhalb von wenigen Stunden nach der Tat und z.B. direkt vom Arbeitsplatz). Die Ernüchterung kam dann 1995, als das SARP (Spouse Assault Replication Program mit 5 Studien) die Ergebnisse von Sherman u.a. (Minneapolis) nicht bestätigen kann. 1998 schließlich stellt die National Academy of Sciences fest, dass Verhaftungen NICHT den Rückfall verhindern. Dem Ganzen wurde 2002 noch eine Krone aufgesetzt: Davis und Maxwell zeigen, dass mehr Verhaftungen zu höheren Rückfallraten und höherer Viktimisierung führen (zu den zitierten Daten und Quellen s. den Übersichtsbeitrag von Christopher D. Maxwell, PRO-SECUTING DOMESTIC VIOLENCE. In: Criminology and Public Policy 4, 3, 2005, S. 527 ff.).

Auch wenn diese Ergebnisse ernüchtern, so zeigen sich doch einerseits die Unsicherheit, mit der dieses Thema lange Zeit angegangen wurde. Andererseits machen sie aber vor allem deutlich, wozu qualitativ hochwertige kriminologische Forschung heutzutage im Stande ist: tatsächlich politisches und polizeiliches Handeln maßgeblich zu beeinflussen. So weiß man inzwischen auch, was Polizei und Justiz nach solchen Fällen tun können, um sowohl den Rückfall des Täters, als auch eine erneute Viktimisierung zu verhindern: Die Einschaltung sozialer Dienste und die Anordnung von geeigneten Behandlungsprogrammen sind ein richtiger Weg.

Die Sicht von Politik, Staatsanwaltschaft und Polizei, die in dem Band von Kury und Oberfell-Fuchs breiten Raum einnimmt (Beiträge auf S. 169-306) ist durchaus erhellend, auch wenn hier das Niveau der Beiträge sehr unterschiedlich ist.

Vor allem aber ist der Beitrag von Wiebke Steffen unter dem (etwas zu langen) Titel „Gesetze bestimmen die Taktik: Von der Reaktion auf Familienstreitigkeiten zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes. Veränderungen im polizeilichen Umgang mit häuslicher Gewalt – zugleich ein Beispiel für die Praxisrelevanz kriminologischer Forschung“ (S. 17 ff.), der zu Recht am Anfang des Bandes steht, der Lektüre wert. Allein dieser Beitrag rechtfertigt den Kauf des Buches. Steffen beschreibt gleichermaßen detailgenau und anschaulich, wie sich die Einstellung von Polizei, Politik und Wissenschaft zu diesem Thema im Laufe der letzten fast 30 Jahre verändert haben.

Als der Autor dieser Besprechung beispielsweise Anfang der 80er Jahre erstmals in Deutschland darauf hinwies, dass Polizeiarbeit vielfach auch Hilfe und Konflikt-schlichtung auch und gerade in der Familie bedeutet, wurde dieses Ergebnis kaum zur Kenntnis genommen. Auch die wenig später empirisch nachgewiesene Tatsache, dass in einer süddeutschen Großstadt drei von vier Funkstreifenwagen-Einsätzen, die sich mit Gewalthandlungen beschäftigen müssen, in Wohnungen, Appartements und Einfamilienhäuser (damit also in Familien) gehen, wurde erst viel später als Problem erkannt. Dabei hatten Polizeibeamte schon immer (auch in Deutschland) darüber geklagt, dass Einsätze iVm Gewalt in der Familie nicht nur unerfreulich (weil immer wiederkehrend), sondern auch für die Einsatzbeamten psychisch besonders belastend sind – fast so belastend wie Einsätze bei Suiziden oder Verkehrsunfällen mit Schwerverletzten und Getöteten (interne Studie von Wössner an der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen Mitte der 90er Jahre).

Thomas Feltes, Januar 2006